

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017

Sitzung Nr. 10 Ö

am Dienstag, 26. September 2017

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter
Back, Udo
Dittmann, Rouven
Geider, Adolf
Grün, Klaus
Heger, Roman
Herling, Michael
Kamuf, Carsten
Klemenz, Birgit
Knopf, Norbert
Köck, Siegfried
Krenzke, Marina
Rehorst, Tobias
Ronellenfitsch Andrea
Runde, Anneliese
Schell, Achim
Speckert, Ferdinand
Thome Manuel
Vetter, Theo
Weis, Torsten
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Reich, Anette

Gäste: Becker, Claudia (bis 22:20 Uhr)
Dietz, Peter
Knaus, Bernadette (19:20 bis 22:13 Uhr)
Kleiber, Werner
Laux, Angelika
Thome, Sebastian
Elfner, Sonja, Rektorin Mönchsbergschule (TOP 11)
Dipl. Ing. Böhnisch, Helmut, Büro KEA (TOP 13)

Sitzungsbeginn: 19:02 Uhr

Unterbrechung 20:55 bis 21:05 Uhr

Sitzungsende: 22:28 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 15.09.2017 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 21 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Roland Hecker

Es fehlen unentschuldigt: keine

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 25.07.2017 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse und Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 25.07.2017	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 25. Juli 2017 gibt **Bürgermeister Dr. Eger** bekannt, dass über eine rückwärtige Bebauung im Bereich der Ebertstraße Beschluss gefasst wurde einschließlich der Konditionen, um diese Nutzung zu eröffnen, entsprechend der bisherigen Fälle. Des Weiteren wurde über eine Anfrage zum Erwerb des Grundstücks Kronauer Straße 28 beraten, aber noch nicht entschieden. Frau Reich, die bisher als kommissarische Hauptamtsleiterin tätig war, hat diese Aufgabe endgültig übertragen bekommen im Hinblick auf die im Moment immer noch unklare Situation des Vorgängers. Herrn Schwalb, der bisher schwerpunktmäßig im Bereich der Flüchtlingsunterbringung tätig war, wurde befristet die Sachgebietsleitung Ordnungsamt und Leitung der örtlichen Straßenverkehrsbehörde übertragen aufgrund eines Krankheitsfalls auch in diesem Bereich. Über Höhergruppierungsansprüche einzelner Personen infolge von Stellenbewertungen durch die Gemeindeprüfungsanstalt wurde entschieden. Herrn Wilhelm Mertel wird aufgrund seiner langjährigen Verdienste insbesondere als Kindergartenbeauftragter während 30 Jahren die Bürgermedaille in Gold verliehen; die Überreichung wird noch in diesem Jahr geschehen.

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 25.07.2017 liegt offen.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Gemeinderätin Anneliese Runde** und **Gemeinderat Achim Schell** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

- Keine -

Gemeinderat Michael Herling erklärt: „Herr Bürgermeister Dr. Eger, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir, die FDP St. Leon-Rot, haben am 13.09.2017 beantragt, die Fraktionsgemeinschaft mit sofortiger Wirkung aufzulösen. Schon seit längerer Zeit stellen wir fest, dass wir in der Entscheidungsfindung oft zu weit auseinanderliegen und somit eine nach unserer Auffassung ordentliche Gemeinderatspolitik nach unseren Zielen nicht umsetzbar ist. Wir danken den Kollegen der SPD für die Zusammenarbeit und freuen uns nun wieder als FDP im Gemeinderat aufzutreten. Dankeschön.“

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass die FDP-Fraktion aus den Mitgliedern Michael Herling, Torsten Weis und Roland Hecker besteht. Die Aufgaben des Fraktionsvorsitzenden übernimmt Herr Roland Hecker.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner legt dar, dass es nach dem Tod von Gemeinderat Rudi Heger unüberbrückbare Schwierigkeiten gab, die SPD bereits im Juli aussteigen wollte und nun der endgültige Bruch kam. Die SPD hat eine eigene Fraktion gebildet, für die er den Fraktionsvorsitz und Gemeinderat Klaus Grün den stellvertretenden Vorsitz übernimmt. In den Ausschüssen ist die SPD unterrepräsentiert, allerdings wäre es aufwändig, dies in allen Ausschüssen ändern zu wollen. Doch seine Fraktion beantragt in den Ausschüssen für Umwelt und Technik sowie Finanzen und Betriebe einen Sitz, die dadurch notfalls erweitert werden sollen. Im Übrigen soll es bei den Stellvertreterregelungen bleiben.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, den Antrag auf Ausschusserweiterung auf die Oktober-Sitzung zu nehmen, ggf. muss die Hauptsatzung geändert werden. Sollte keine Zustimmung erfolgen, müsste der Gemeinderat darüber befinden, ob eine andere personelle Zusammensetzung dieser Ausschüsse gewünscht wird.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
Fassaden- und Grüngestaltungswettbewerb 2017 Preisverleihung für die bei der Preisgerichtssitzung am 04.05.2017 ermittelten Preisträger	- 623.60 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger bedankt sich im Namen der Gemeinde bei den Preisträgern und allen Teilnehmern an den Wettbewerben. Er überreicht den anwesenden Preisträgern die Preise sowie ein Bild ihres prämierten Objektes.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Feststellung des Jahresabschlusses der Gemeinde 2014	- 913.6 -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Sebastian Thome führt anhand der beigefügten Präsentation die wesentlichen Zahlen zum Jahresabschluss 2014 aus. Dieser wurde im Spätjahr 2015 vorberaten. Im Haushaltsplan waren Erträge von 62,9 Mio. € und Aufwendungen von 60 Mio. € geplant, also ein ordentliches Ergebnis mit 2,8 Mio. €; dies sollte der Ergebnisrücklage zugeführt werden. Im Jahresabschluss sind nun ordentliche Erträge von 76,8 Mio. €, also ein stolzes Plus von 13,9 Mio. € zu verzeichnen. Die Aufwendungen liegen bei 67,2 Mio. €, also auch ein Plus von 7,1 Mio. €. Insgesamt ist das ordentliche Ergebnis auf 9,5 Mio. € angewachsen. Der größte Teil daraus resultiert aus besseren Gewerbesteuereinnahmen, die dann auch wiederum zu höheren Gewerbesteuerumlagen sowie Rückstellungen für die Finanzausgleichs- und Kreisumlage geführt haben, deswegen auch das deutliche Plus bei den ordentlichen Aufwendungen. Gegenüber der Planung gibt es noch ein außerordentliches Ergebnis von knapp 300.000 € aus der Vermögensveräußerung: hier waren mehr Erträge gegenüber den Buchwerten zu verzeichnen, aber auch gleichzeitig mehr Aufwendungen durch geringere Erlöse als die Buchwerte. Für beide Ergebnisse wird eine separate Rücklage aus den Überschüssen geführt: sie beträgt aus dem ordentlichen Ergebnis 9,5 Mio. € und aus den außerordentlichen Ergebnissen 296.000 € jeweils zum 31.12.2014. Die Erträge verteilten sich zum größten Teil auf Steuern und ähnliche Abgaben, zu einem kleineren Teil auf Zuwendungen und Zuweisungen sowie öffentlich-rechtliche und private Entgelte im kleinen Rahmen. Bei den Aufwendungen ist der größte Part die Transferaufwendungen, also die Zahlungen aus der Gewerbesteuerumlage, die 2014 14,8 Mio. € betragen hat, der Ausgleich an das Land mit 10,3 Mio. € und 10,2 Mio. € an den Kreis, die übrigen Beträge in den Transferaufwendungen sind dann Zuschüsse an Vereine oder für die Kinderbetreuung an die Kindergartenträger. Gleichzeitig sind aber hier noch die Erhöhungen der Rückstellungen enthalten, die insgesamt um 14,4 Mio. € erhöht werden mussten. Die übrigen Zahlen - Personalaufwendungen und Sach- und Dienstleistungen - sind unter dem Plan geblieben, die Abschreibungen liegen etwas über dem Plan. Dafür ergaben sich auf der Ertragsseite auch höhere Auflösungen aus Investitionszuschüssen, sodass man insgesamt im Plan war. Bei Betrachtung des Finanzhaushalts und der Liquidität waren hier 62,8 Mio. € Einzahlungen und 50,1 Mio. € Auszahlungen geplant. Das Delta bei den Auszahlungen erklärt sich daher, dass die Rückstellungen und Abschreibungen nicht auszahlungswirksam werden, so dass dieser Betrag hier deutlich niedriger ist als jener im Ergebnishaushalt, so dass ein Zahlungsmittelüberschuss von 12,7 Mio. € eingeplant gewesen war. Im Finanzhaushalt machen die Investitionen mit Einzahlungen und Auszahlungen saldiert 18,5 Mio. € Mittel notwendig, sodass insgesamt einen Finanzmittelverbrauch von 5,8 Mio. € geplant war. Resultierend aus der Gewerbesteuer-Mehreinnahme war ist Ergebnishaushalt ein deutliches Plus, sodass der Zahlungsmittelüberschuss um 13,7 Mio. € auf 26,4 Mio. € aus dem Ergebnishaushalt angewachsen ist. Im Investitionsbereich ebenfalls um 10,8 Mio. € besser geworden, weil man mit den geplanten Investitionen nicht im vollen Umfang hinterher gekommen ist, im Ergebnis macht das einen Finanzierungsmittelüberschuss von 18 Mio. € gegenüber einem geplanten Verbrauch von 5 Mio. € aus, sodass sich zum Jahresende 2014 ein Kassenbestand von 98,8 Mio. € ergab. Dem stehen Umlagerückstellungen, also Verpflichtungen für den Kreis und die FAG-Umlage, in den Jahren 2015 und 2016 von 66,9 Mio. € sowie übertragene Haushaltsermächtigungen von 5,3 Mio. € gegenüber, also Ansätze die noch nicht abgearbeitet waren und in den Folgejahren noch benötigt werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017

Der Jahresabschluss der Gemeinde St. Leon-Rot für das Jahr 2014 wird gemäß dem als Anlage beigefügten Feststellungsbeschluss beschlossen.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Information zur Jahresrechnung 2016	- 913.6 –

Ausführungen und Beschluss:

Herr Sebastian Thome führt anhand der beigefügten Präsentation die wesentlichen Zahlen zum Jahresabschluss 2016 aus. Geplant waren ordentliche Erträge in Höhe von 72,5 Mio. €, ordentliche Aufwendungen in Höhe von 69,7 Mio. € und ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 2,7 Mio. €. Dieses sollte der Ergebnizrücklage zugeführt werden, sodass diese nach Haushaltsplanungsstand am 31.12.2016, 13,2 Mio. € betragen hätte. Tatsächlich beliefen sich die ordentlichen Erträge auf 75,4 Mio. €, also ein Plus von 2,9 Mio. €, und die ordentlichen Aufwendungen auf 67,0 Mio. €, also eine Einsparung von 2,6 Mio. €. Die Verbesserung kommt nicht von der Gewerbesteuer, denn dort gab es fast eine Punktländung, sondern verschiedene andere Steuern waren leicht im Plus sowie eine Gewerbesteuernachzahlung, die mit Nachzahlungszinsen von 2,9 Mio. belegt war. Bei den ordentlichen Aufwendungen ergaben sich beim Personal 263.000 € weniger als geplant, bei den Sach- und Dienstleistungen 1,2 Mio. € weniger und bei den Transferaufwendungen fast 1 Mio. € hinter dem Plan bei den Ausgaben. Bei den Transferaufwendungen entfiel die größte Minderausgabe auf die um 640.000 € günstigere Kinderbetreuung, gefolgt von der Gewerbesteuerumlage bzw. den Rückstellungen mit knapp 300.000 €. Der voraussichtliche Stand der Ergebnizrücklage wird bei 22,1 Mio. € liegen. Bei der Gewerbesteuer lag 2016 das Ergebnis mit 54,7 Mio. € um knapp 300.000 € unterhalb des Planansatzes von 55 Mio. €. Die Situation ähnelt 2014. Der größte Posten sind die Steuern und Abgaben mit 65,7 Mio. €, Schlüsselzuweisungen und Zuwendungen mit 3,9 Mio. €, öffentlich-rechtliche Entgelte mit 352.000 €, privatrechtliche Entgelte wie Mieten und Pachten mit 555.000 €, Kostenerstattungen und Kostenumlagen mit 804.000 € von den Eigenbetrieben und für den öffentlichen Personennahverkehr, Zinsen und ähnliche Erträge mit 680.000 € für die an die Eigenbetriebe vergebenen Darlehen und sonstige ordentliche Erträge mit 3,4 Mio. €. Die sonstigen ordentlichen Erträge sind im Vergleich zu 2014 wesentlich höher, weil hier die Nachzahlungszinsen mit 2,9 Mio. € enthalten sind sowie große Posten wie die Konzessionsabgaben mit 380.000 € und Bußgelder mit fast 60.000 €. Bei den Aufwendungen sind größter Posten die Transferaufwendungen von 55,5 Mio. € mit 13,4 Mio. € für die Gewerbesteuer, 18,1 Mio. € für den Finanzausgleich und 16,7 Mio. € für die Kreisumlage, wobei in diesem Jahr nichts der Rücklage oder den Rückstellungen für die Folgejahre zugeführt werden musste, sondern es konnte etwas entnommen werden, da die Rückstellungen für die Folgejahre geringer waren. Die Planung vom Finanzhaushalt sah einen Zahlungsmittelbedarf von 3,3 Mio. € im Ergebnishaushalt vor, im Investitionsbereich war 21,4 Mio. € Verbrauch an Zahlungsmitteln geplant, sodass insgesamt ein Finanzierungsmittelbedarf von 18 Mio. € geplant war. Tatsächlich ergab sich im Ergebnishaushalt ein Zahlungsmittelüberschuss von 7,8 Mio. €, und damit insgesamt ein Ergebnis von 11,2 Mio. €. Der Finanzierungsmittelbedarf aus der Investitionstätigkeit ging um 5,2 Mio. € zurück, wobei 1,5 Mio. € auf Mehrverkäufe und 3,7 Mio. € durch geringere Investitionen als geplant zurückzuführen sind, sodass sich insgesamt nur eine Finanzierungsmittelbedarf von 4,9 Mio. € ergibt. Der Kassenbestand zum 31.12. ist mit 92,6 Mio. € etwas gesunken gegenüber dem Vorjahr und die Umlagerückstellungen mit 64 Mio. € sind ebenfalls etwas gesunken. Deutlich gestiegen sind in den letzten Jahren die übertragenen Haushaltsermächtigungen: 2014 waren dies 5 Mio. €, nun sind es 14,7 Mio. € unerledigte Aufgaben die noch im Raum stehen, noch nicht begonnen wurden oder noch nicht abgerechnet waren.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass der Jahresabschluss 2016 formell erst beschlossen werden kann, wenn das Ergebnis 2015 formell festgestellt wurde.

Der Gemeinderat nimmt die Information zur Jahresrechnung 2016 zur Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Jahresabschlusses 2016 des „Eigenbetriebs Abwasserentsorgung“ der Gemeinde St. Leon-Rot	-700.17-

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Das Betriebsjahr 2016 war geprägt durch Substanzerhaltung, Maschinen- und Bauwerkssanierung wie z. B. die betontechnische

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017**

Sanierung der Belebungsanlage auf der Kläranlage für 1,5 Mio. € und im Anschluss daran aufgrund günstiger Preisfindungen des Regenbeckens.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Abwasserentsorgung St. Leon-Rot für das Wirtschaftsjahr 2016 wird wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme	15.553.283,28 €
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen:	14.244.608,32 €
- das Umlaufvermögen:	1.308.674,96 €
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital:	4.333.921,31 €
- die empfangenen Ertragszuschüsse:	2.353.495,61 €
- die Rückstellungen:	15.902,58 €
- die Verbindlichkeiten:	8.849.963,78 €
1.2 Jahresverlust	195.814,75 €
1.2.1 Summe der Erträge	2.474.347,11 €
1.2.2 Summe der Aufwendungen	2.670.161,86 €

2. Feststellung und Verwendung des Jahresergebnis

Der Jahresverlust in Höhe von 195.814,75 €
wird getilgt aus der Gebührenüberschussrücklage
der Vorjahre

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

3. Entlastung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung wird entlastet.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Vorberatung des Jahresabschlusses 2016 des „Eigenbetriebs Wasserversorgung“ der Gemeinde St. Leon-Rot	-905.12 -

Ausführungen und Beschluss:

Eigenbetriebsleiterin Angelika Laux stellt die wesentlichen Entwicklungen des Jahresabschlusses 2016 dar. Die Bilanzsumme ist um 383.000 € gegenüber dem Vorjahr auf jetzt knapp 4 Mio. € angestiegen entsprechend ca. 10 % gegenüber dem Vorjahresabschluss. Investitionen wurden hauptsächlich getätigt für neue Hausanschlüsse in Höhe von 45.000 €, einen kleinen Stichweg in der Sebastian-Lorenz-Straße für 35.000 €, die Erschließung im Quartier Hauptstraße 79 A bis 85 für 35.000 €, die Erschließung Hauptstraße 59 für 72.000 €, die Netzertüchtigung im Parkring für 230.000 €, die Sanierung des Kindergartenwegs mit 23.000 € und den Mensaanschluss in der Parkringschule. Die Abschreibungen belaufen sich auf ca. 135.500 € bei Investitionsraten von stattlichen ca. 10 %. Finanziert wurde durch die Eigenkapitalzuführung von 600.000 € seitens der Gemeinde, so dass keine Kreditaufnahme notwendig war. Die Vermögensplanabrechnung zeigt dann im Jahresabschluss 2016 noch einen Finanzierungsüberschuss von 153.000 €. Es war wieder ein durchschnittliches Verbrauchsjahr für die Wasserversorgung, was sich dann auch entsprechend beim Abwasser niederschlägt. Es wurden ca. 880.000 m³ Wasser verkauft, davon sind 680.000 m³ an die Haushalte und 200.000 m³ an die Großabnehmer gegangen. Der Wasserverlust im Ortsnetz liegt bei 4 % mit einer Steigerung gegenüber dem Jahr 2015, was zwar recht gut, aber auch verbesserungsfähig ist. Die Wasserbezugs-kosten vom WGZ Hardtwald, von dem im Wasserwerk das Wasser selbst gewonnen wird, liegen mit 372.000 € im Planbereich mit einem Einkaufspreis von 0,40 Cent und einem Verkaufspreis an den Bürger im Jahr

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017**

2016 von 0,89 Cent. In den bezogenen Leistungen von 97.000 € sind ca. 28.000 € für den Aufwand für hinzugezogene Firmen bei Wasserrohrbrüchen enthalten. Die Schlussabrechnung des Deckensanierungsprogramms 2015 wurde hier auch noch mit 68.000 € verbucht. Der Personalaufwand beinhaltet den Tarifabschluss mit 2,4% und seit Oktober 2016 einen weiteren Mitarbeiter in der Wasserversorgung. Der Jahresverlust beträgt somit 49.086,23 €. Ohne die sonstigen betrieblichen Erträge, die sich noch aus der Auflösung einer Rückstellung von knapp 45.000 € für die Begleichung eines Rechtsstreits ergeben haben, wäre der Verlust dann knapp an die 100.000 €-Grenze gegangen. Ab 2017 beträgt die Wassergebühr 1,03 €. Die Wasseruhrenablesung erfolgt ab diesem Jahr nicht mehr durch Ableser, sondern durch die Bürger selbst in Form von Ablesekarten, die jedem zugestellt werden und per Post, Telefon, Fax, E-Mail etc. zurückgemeldet werden können.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Wasserversorgung St. Leon-Rot für das Wirtschaftsjahr 2016 wird wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme	4.037.006,41 €
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen:	2.825.846,35 €
- das Umlaufvermögen:	1.202.836,56 €
- aktive Rechnungsabgrenzungsposten	8.323,50 €
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital:	2.993.500,55 €
- die empfangenen Ertragszuschüsse:	36.686,98 €
- die Rückstellungen:	10.881,39 €
- die Verbindlichkeiten:	885.567,49 €
- passive Rechnungsabgrenzungsposten	110.370,00 €
1.2 Jahresverlust	49.086,23 €
1.2.1 Summe der Erträge	1.123.603,04 €
1.2.2 Summe der Aufwendungen	1.172.689,27 €

2. Feststellung und Verwendung des Jahresergebnis

Der Jahresverlust in Höhe von 49.086,23 € wird wie folgt verwendet:

a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	20.398,98 €	
b) auf neue Rechnung vorzutragen	28.687,25 €	
c) zur Tilgung des Verlustvortrages		0,00 €

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

3. Entlastung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung wird entlastet.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes Erholungsanlage St. Leoner See	- 905.12 -

Ausführungen und Beschluss:

Eigenbetriebsleiter Sebastian Thome stellt die wesentlichen Entwicklungen des vergangenen Jahres dar: Das Jahr 2016 war für die Erholungsanlage St. Leoner See im Kern ein relativ gutes Jahr durch viele Besucher. Die Umsatzerlöse stiegen auf rund 1,7 Mio. €, davon 1,6 Mio. € bei der Erholungsanlage. Das hohe Niveau der Badegebühreneinnahmen konnte mit nur 1.700 € weniger als im Vorjahr fast gehalten werden. Beim Ur-

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017**

laubscamping gab es einen Anstieg der Übernachtungseinnahmen um 36.000 €, was auch durch die 2015 und 2016 errichteten zusätzlichen Mobilheime begründet ist. Im Hallenbad wurden durch die Öffnungszeiten-erweiterung ab dem 01.01.2016 Mehreinnahmen von 20.500 € erzielt, dahinter stecken rund 8.600 Mehr-Besucher während der öffentlichen Badezeit und auch zunehmende Sondernutzungen durch Vereine und Volkshochschule. Weitere Einnahmen ergaben sich durch die Stromeinspeisung ins Netz aus der Photovoltaikanlage und dem Blockheizkraftwerk. Der Unterhaltungsaufwand an der Erholungsanlage ist gegenüber dem Vorjahr um 560.000 € gestiegen, wobei 317.000 € durch die Erholungsanlage St. Leoner See und 245.000 € Steigerung beim Hallenbad zu verzeichnen waren. Bei der Erholungsanlage am See steigt z. B. der Aufwand für Müllentsorgung und Reinigung, wenn mehr Gäste da sind. Beim Hallenbad waren erhebliche Reparaturarbeiten an der Badetechnik notwendig. Im Schwimmbecken selber mussten die Tauchstreifen nachgefärbt werden, nachdem das Becken ausgebessert war. Die Gebäudeleittechnik wurde verbessert, für die Außenbewässerung musste an den Pumpen gearbeitet werden, durch die längeren Öffnungszeiten entstanden mehr Stromkosten, mehr Besucher verursachten auch mehr Wasserverbrauch. Ebenso ist der Personalaufwand gestiegen, zu einem war 2015 noch eine Auflösung aus Altersteilzeitrückstellung, es kam aber auch eine weitere Vollzeitstelle durch die längeren Öffnungszeiten hinzu. Die Abschreibungen sind ebenfalls um 40.000 € durch die Investitionen der Vorjahre gestiegen, sodass sich insgesamt in der Gewinn- und Verlustrechnung für den Gesamtbetrieb ein Verlust von 576.000 € ergibt. Die Erholungsanlage St. Leoner See selbst hat einen Gewinn von 315.000 € erwirtschaftet. Die Stromeinspeisung durch Photovoltaik und Blockheizkraftwerk haben einen Gewinn von 16.700 € erwirtschaftet und der Betrieb des Hallenbades einen Verlust von etwa 900.000 €. Investitionen wurden im vergangenen Jahr auch getätigt, im Hallenbad relativ wenig, aber die großen Posten am St. Leoner See unter insgesamt 869.000 € waren der Neubau des Kiosks mit über 400.000 €, die neuen Mietobjekte mit Sanitäreinrichtung inklusiv der Außengestaltung für 245.000 € und die Sanierung von Sanitäröb-jekten.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass 2016 die Erholungsanlage St. Leoner See 160.000 Badegäste und das Hallenbad 68.000 Badegäste in den drei Bereichen öffentliches Baden, Schulschwimmen und Sonderbelegung zu verzeichnen hatte. Auf dem Campingplatz wurden 160.000 Übernachtungen verbucht.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Erholungsanlage St. Leoner See für das Wirtschaftsjahr 2016 wird wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1 Bilanzsumme	11.194.319,83 €
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen:	9.152.931,09 €
- das Umlaufvermögen:	2.035.264,20 €
- aktive Rechnungsabgrenzungsposten	714,54 €
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital:	6.144.005,98 €
- die Rückstellungen:	10.601,62 €
- die Verbindlichkeiten:	5.038.962,23 €
- passive Rechnungsabgrenzungsposten	750,00 €
1.2 Jahresverlust	576.444,42 €
1.2.1 Summe der Erträge	1.779.239,28 €
1.2.2 Summe der Aufwendungen	2.355.683,70 €

2. Feststellung und Verwendung des Jahresergebnis

Der Jahresverlust in Höhe von 576.444,42 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
Der Verlust der Sparte Hallenbad Badespass wird mit dem Gewinn der Sparte Versorgung ver-
rechnet und danach in Höhe von 892.320,10 € durch die Gemeinde ausgeglichen.

3. Entlastung der Betriebsleitung

Die Betriebsleitung wird entlastet.

Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 92.320,10 € zum Ausgleichs des Verlustes der Sparte Hallenbad werden 2017 überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 10
Entwicklung des Gemeindehaushaltes 2017	- 902.4 -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Sebastian Thome erläutert anhand der beigefügten Präsentation die aktuelle Entwicklung des Haushalts 2017. Geplant waren Gewerbesteuereinnahmen mit 53 Mio. € und ein ordentliches Gesamtergebnis von 86.000 €, im Finanzhaushalt ein Zahlungsmittelüberschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit von 4,5 Mio. € und für Investitionen ein Zahlungsmittelverbrauch von 18 Mio. €, insgesamt also Zahlungsmittelverbrauch von 13,4 Mio. €. Der Ergebnishaushalt ist derzeit bei Betrachtung der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage um 2,1 Mio. € hinter dem Plan zurück. Der Einkommensteueranteil fällt mit 375.000 € und die Vergnügungssteuer mit 40.000 € besser als geplant aus; bei der Grundsteuer liegt man mit einem Plus von 1.000 € ziemlich genau im Plan, die sonstigen Steuern und Zuweisungen nach dem Haushaltserlas des Landes liegen mit 19.000 € im Plus. Unterm Strich gibt es im Steuerbereich 1,7 Mio. € Minus. Damit ergibt sich auch eine um 1,4 Mio. € geringere Umlage. Sonstige Verbesserungen aus dem Ergebnishaushalt sind mit 1,4 Mio. € aus Erfahrung der Vorjahre eingestellt, sodass sich derzeit ein ordentliches Gesamtergebnis von knapp 1 Mio. € ergibt. Aufgrund einer Information des Finanzamtes im Frühjahr über einen beim Bundesfinanzhof noch voraussichtlich zwei Jahre anhängigen Finanzstreit über erhebliche Gewerbesteuerrückzahlungen wurden jetzt die Steuerrückzahlungen aus Streit sowie die Erstattungs- und geminderten Nachzahlungszinsen berechnet und für diesen Rückzahlungsfall von 9,3 Mio. € bis zum Jahresende eine Rückstellung gebildet, sodass das ordentliche Ergebnis mit 8,3 Mio. € ins Minus gehen wird. Es kann durch hohe Zuführungen zu den Ergebnisrücklagen der Vorjahre ausgeglichen werden, sodass derzeit noch nicht unbedingt etwas veranlasst werden muss, doch muss die Warnung wahrgenommen werden, dass es nicht nur immer bergauf geht mit der Gewerbesteuer. Im Finanzhaushalt ist derzeit ein Finanzmittelverbrauch von 414.000 €, wobei hier noch nicht verbrauchte Haushaltsmittel in Höhe von 26 Mio. € für ausstehenden Investitionen mit Projekten belegt sind, die angefangen, derzeit in der Planung oder aufgrund verschiedener Verzögerungen einfach noch nicht in der Ausführung gelangt sind, aber auf gar keinen Fall gestrichen werden sollen. Deshalb ist davon auszugehen, dass das Geld noch gebraucht wird, mit Sicherheit jedoch nicht bis zum 31.12.2017, sondern es wird erst in den Folgejahren abfließen und wird eingerechnet in die voraussichtliche Liquidität mit 64,3 Mio. €. Die Umlagerückstellungen zum 31.12.2017 würden sodann 63,8 Mio. € betragen.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur aktuellen Entwicklung des Haushalts 2017 zur Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 11
Erweiterung der Mönchsbergschule hier: Planungsvorstellung und weiteres Verfahren	- 211 -

Ausführungen und Beschluss:

.

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Frau Rektorin Sonja Elfner.

Hauptamtsleiterin Anette Reich hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Die Grundschule ist jetzt und auf absehbare Zeit stabil dreizügig, eventuell in einzelner Stufe Vierzügigkeit durch Flüchtlingsfamiliennachzug. Von den ursprünglich 26 Klassenzimmern werden 12 durch die Grundschule belegt. In den anderen 14 Räumen sind der PC-Raum, das Schülercafe, die Hausaufgabenbetreuung, der Gitarrenklassenunterricht, der Streicherklassenunterricht, das Musikschulangebot MBS, vier Kernzeitbetreuungsräume und drei Horträume untergebracht, und ein Klassenzimmer steht bereits jetzt als Differenzierungsraum zur Verfügung. Weitere Räume in der Nähe der Grundschulklassen werden benötigt.

Ortsbaumeister Peter Dietz erläutert, dass das Schülercafe nicht wie ursprünglich entsprechend des Raum-in-Raumkonzepts beabsichtigt im Foyer von Trakt 3 untergebracht werden kann, weil aufgrund der verlegten Technik das Verhältnis von Einbau / Umbau zu dem entstehenden Raum unverhältnismäßig wäre und sich die Fluchtwegesituation auch verschlechtern würde. Da die zusätzlichen Differenzierungsräume in unmittelbarer Nähe zu den bestehenden Grundschulklassen benötigt werden, wurde ein Anbau an Trakt 2 entwickelt.

Bürgermeister Dr. Eger macht deutlich, dass auch im Erweiterungsbau der Parkringschule ein großer Teil der Neubaufäche dem zunehmenden Bedarf an Differenzierungsräumen geschuldet ist. Der für die Mönchs-

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017

bergschule vorgeschlagen Anbau muss die weitaus engeren Flächegegebenheiten der Mönchsbergschule berücksichtigen und einen Kompromiss im Verhältnis zur verbleibenden Schulhoffläche eingehen.

Gemeinderat Siegfried Köck fragt, ob auch dieses nächste Projekt vom Bauamt zu schaffen ist, aufgrund der Bestandsfläche ist die Maßnahme nicht förderbar. Er spricht sich für den Erhalt des Streicher- und Gitarrenklassenangebots aus, fragt jedoch, ob nicht Doppelbelegungen möglich sind und ob nach der Umsetzung dann mehr Personal benötigt wird. Er findet die Geeignetheit der recht kleinen Räume des Anbaus fraglich und möchte wissen, ob eine Differenzierung im Grundschulbereich zwingend notwendig ist. Für die Haushaltsberatungen wünscht er sich eine Übersicht, was aus Sicht der Schulentwicklung im Hinblick auf die Entwicklung der Schülerzahlen noch geplant ist. Er signalisiert Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Ortsbaumeister Peter Dietz bestätigt, dass die Räume für den Schulbetrieb ausreichend sind und durch Zwischenwände noch unterteilt werden. Der Anbau soll lediglich die nicht sanierte Fläche des Schulhofes überbauen.

Rektorin Sonja Elfner informiert, dass die Gitarrenklasse den Raum zweimal zwei Stunden pro Woche pro Klassenstufe benötigt und damit je 30 minütige Umbauzeiten auf Kosten der Lernzeit in den Klassenzimmern erspart werden. Das differenzierende Lernkonzept benötigt nicht mehr Personal außer der Lehrkraft, die schon jetzt zum Teil mit Unterstützung von FSJ und Bufdi arbeitet. Gerade deshalb ist jedoch ein weiterer Lernraum in der Nähe des Grundschulklassenzimmers wichtig. Auch in der Grundschule hat die Heterogenität der Kinder zugenommen was ein differenzierendes Arbeiten zwingend erforderlich macht. Zudem werden Flüchtlingskinder in Vorbereitungsklassen separat gefördert.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt, dass nach seinem Verständnis bereits jede Grundschule eine echte Gemeinschaftsschule ist, weil die Aufteilung in Leistungsstufen erst nach Klasse vier erfolgt.

Gemeinderat Michael Herling begrüßt die ausführliche Information über die derzeitige Raumnutzung und hält die Differenzierungsräume für dringend erforderlich, wünscht sich jedoch auskömmlichere zukunftsfähige Raumgrößen, deshalb kann er der jetzigen Planung noch nicht zustimmen.

Ortsbaumeister Peter Dietz schlägt vor, den Anbau um einen Meter zu verbreitern.

Gemeinderat Carsten Kamuf kann den Bedarf nachvollziehen, sieht jedoch in der Raumgeometrie Schwächen und die Gefahr, dass den Fluren sämtliche Belichtung genommen wird. Er erwägt alternative Gemeindegelände sowie eine Rücknutzung des Lehrerwohnhauses für schulische Zwecke. Um die kostbaren Freiflächen an der Mönchsbergschule zu schonen, sollte eine Unterkellerung bzw. ein weiteres Stockwerk überlegt werden. Er fragt, ob das bisher nicht ausgebaute Dachgeschoss einer Nutzung zugeführt werden könnte. Er fragt nach der Barrierefreiheit durch einen Aufzug und nach der energetischen Sanierung. Er bittet um Vorlage eines um einen Meter verbreiterten Entwurfs.

Ortsbaumeister Peter Dietz bestätigt, dass der erste Entwurf ursprünglich einen Meter breiter war und so vorgelegt werden kann. Ein Dachausbau war von Seiten der Schulleitung nicht gewünscht. Das Lehrerhaus wird vom Hausmeister bewohnt und wurde gerade frisch saniert. Die Nischen an der Rückseite bieten nicht ausreichend Platz.

Bürgermeister Dr. Eger würde im Keller allenfalls Funktionsflächen, jedoch keine Differenzierungsräume unterbringen. Die Treppenhäuser sollen lichtdurchlässig gestaltet werden, um in den Fluren natürliche Lichtquellen zu ermöglichen.

Rektorin Sonja Elfner informiert, dass die Differenzierungsräume auch nicht für Klassenstärken vorgesehen sind, sondern für maximal acht bis neun Kinder mit anderen Möblierungs-Arrangements, die auch für längliche Raumzuschnitte gut geeignet sind.

Gemeinderat Udo Back unterstreicht den Willen seiner Fraktion, die Schulen gut bis sehr gut auszustatten. Er möchte Auskunft über eine Dreistöckigkeit des Anbaus, um noch mehr Raum zu schaffen für künftige Entwicklungen.

Bürgermeister Dr. Eger hält bereits einen Dachgeschossausbau im Bestandsgebäude im Ergebnis für sehr wuchtig, weil auch viele Gaupen kommen müssten, und auch ein dreistöckiger Anbau würde wuchtig wirken. Deshalb sieht er die Abstufung für vorteilhafter an. Die jetzige Breite beträgt 3,50 Meter, er schlägt 60 – 70 cm mehr vor. Auch in der Parkringschule Rot sind Differenzierungsräume nicht notwendigerweise in Klassenzimmergröße eingeplant.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017**

Gemeinderat Rouven Dittmann befürwortet die Verbreiterung um einen Meter, um vier große Räume zu gewinnen, die vielfältiger nutzbar sind.

Gemeinderat Norbert Knopf signalisiert volle Zustimmung, da die Schule Differenzierungsräume für Inklusion und Integration benötigt. Er hofft, dass die wegfallenden Bäume auch nachgepflanzt werden können. Seine Fraktion hat schon mehrfach eine Ganztagschule angeregt, weil die Betreuungsquoten im Hort- und in der Kernzeitbetreuung stetig zunehmen. Wenn über eine Schulentwicklung und über zukünftigen Raumbedarf nachgedacht wird, sieht seine Fraktion dies nur im Zusammenhang mit der Entwicklung einer Ganztagsgrundschule.

Bürgermeister Dr. Eger erinnert an das Ergebnis der 2012 erfolgten Elternbefragung, die in Abstimmung mit den Schulleitungen, Elternbeiräten und Schulbehörden eine entscheidende Weichenstellung dahingehend zur Folge hatte, dass keine Ganztagschule, sondern das Hortkonzept weiter verfolgt wird. Aus Sicht der Eltern gab es flexiblere Betreuungszeiten und für die Schule hat es den Vorteil, dass die Gemeinde für die Nachmittagsbetreuung verantwortlich ist. Die Frage der elterlichen Kostenbeteiligung wurde thematisiert, jedoch zugunsten der größeren Flexibilität hingenommen. Die Betreuung wurde daraufhin in einer sehr guten Qualität ausgebaut. Eine Änderung würde eine komplette Umkonzeptionierung in diesem Bereich bedeuten. Und mit Ausnahme von einzelnen Stimmen hat er hierzu noch nicht den Wunsch wahrgenommen.

Für **Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner** ist der Wunsch nach Differenzierungsräumen nachvollziehbar, er bedauert jedoch den Verlust von Schulhoffläche. Einen dreistöckigen Ausbau fände er sinnvoll, weil die Schülerzahlen in Zukunft wieder steigen werden. Den Ausbau des Dachgeschosses hält er unter Brandrettingesichtspunkten für sehr schwierig und nicht sinnvoll. Er signalisiert Zustimmung zum Projekt.

Gemeinderat Theo Vetter schließt sich dem Wunsch an, die Raumgröße etwas breiter zu wählen.

Gemeinderat Carsten Kamuf unterstützt die Verbreiterung um einen Meter. Er bittet die natürliche Belichtung der bestehenden Flure durch Glasflächen zu ermöglichen und die Option einer Dreigeschossigkeit in der Statik und bei der obersten Deckenausführung von vornherein einzuplanen.

Gemeinderat Roman Heger bittet die Unterkellerung zu bedenken, um Stauräume einzuplanen.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt, dass der einzige Keller in diesem Bereich der Heizkeller und Pelletraum ist. Er müsste ein Treppenhaus schaffen, um in den Keller zu kommen, was auf Kosten der Fläche gehen würde.

Bürgermeister Dr. Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zu Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem geplanten Entwurf zur Erweiterung der Mönchsbergschule um vier Differenzierungsräume mit folgenden Modifikationen zu: Verbreiterung um einen Meter, Ermöglichung der natürlichen Belichtung der Flure, statische Auslegung für eine gegebenenfalls notwendige Aufstockung in Leichtbauweise. Die Verwaltung wird mit der Genehmigungs- und Ausführungsplanung sowie der Realisierung beauftragt.

Der Gemeinderat bewilligt die hierfür voraussichtlich notwendigen überplanmäßigen Mittel in Höhe von 550.000 €.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö

Tagesordnungspunkt: 12

Beitritt der Gemeinde zur Metropol-Card-Bibliotheken
Rhein-Neckar e. V.
hier: Änderung der Benutzungsordnung der
Gemeindebibliotheken

- 354.7 -

Ausführungen und Beschluss:

Hauptamtsleiterin Anette Reich hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Die Vertreter aller Fraktionen sehen in dem Beitritt eine vorteilhafte Ergänzung des bestehenden Angebots

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017**

und signalisieren Zustimmung zur Änderung der Benutzungsordnung.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Benutzungsordnung für die Bibliotheken der Gemeinde St. Leon-Rot wird mit Wirkung vom 24.10.2017 erlassen. Die beigefügte Benutzungsordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

Gemeinderäte Manuel Thome und Klaus Grün sind während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bürgermeister Dr Eger unterbricht die Sitzung von 20:55 – 21:05 Uhr.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 13
Erarbeitung eines Nahwärmekonzepts zur Wärmeversorgung öffentlicher Gebäude hier: Vorstellung der Ergebnisse der Konzeptstudie	- 794.66 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Herrn Helmut Böhnisch von der KEA Klimaschutz und Energie Agentur Baden-Württemberg GmbH Karlsruhe.

Herr Helmut Böhnisch erläutert anhand der beigefügten Präsentation die Ergebnisse der Konzeptstudie.

Bürgermeister Dr. Eger legt den abweichenden Vorschlag der Verwaltung dar, dass die Heizzentrale nicht im Hallenbad untergebracht wird, sondern in einem separaten Heizhaus, zu dem der Kontraktor Zugang erhält, um beide Bereiche von der Zugänglichkeit her zu trennen. Die Variante 1 bietet insoweit auch Erweiterungsoptionen im Falle einer Kapazitätsausweitung und damit eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit.

Gemeinderat Siegfried Köck freut sich, dass der Antrag der Freien Wähler heute behandelt wird. Sofern sich ein geeigneter Kontraktor findet, kann die Gemeinde unabhängig von Öl, Gas und Kohle werden. Man sollte die Chance nutzen, weitere umliegende Gebäude wie die evangelische Kirche, möglicherweise SMILE e. V. oder die Mediathek anzuschließen und die Dimensionierung entsprechend auslegen. Begrüßt wird der zentrale Standort und das Doppelrohrverfahren angesichts des geringen Verlustes von nur 2,6 %.

Gemeinderat Achim Schell findet das Konzept der zentralen Energieversorgung durch ein Blockheizkraftwerk gut, um die Gemeindeeinrichtungen effektiv anbinden zu können. Die Zentrale sollte unabhängig vom Hallenbad zugänglich sein. Er ist für die Doppelrohrheizung, verweist allerdings auf die schlechten Erfahrungen mit der Holzhackschnitzelheizung in der Mönchsbergschule, wobei dies beim Kontraktormodell für die Gemeinde unerheblich wäre. Er unterstützt den Verwaltungsvorschlag und fragt, inwieweit die Gemeinde bei einer Erweiterung des Nahwärmenetzes als Energieversorger auftreten würde.

Herr Helmut Böhnisch antwortet, dass die nicht selbst genutzte Energie ins Netz eingespeist wird, aber nicht direkt selbst an Kunden weitergegeben wird.

Frau Bernadette Knaus ergänzt, dass der Verkauf an Kunden durch den Kontraktor geschehen würde und dieser auch über die Erweiterung des Kundenkreises selbst entscheiden würde.

Bürgermeister Dr. Eger verweist auf gravierende Unterschiede im Platzbedarf und Probleme bei Holzhackschnitzeln, wie die Kesselanlage in Sinsheim zeigt.

Gemeinderat Udo Back fragt, ob das Jugendzentrum angesichts der zu erwartenden Leitungsverluste nicht abgehängt werden sollte. Wenn es bei den drei großen Verbrauchern Rathaus, Hallenbad und Harres bleibt, sollte man aus Kostengründen das Heizkraftwerk ins Hallenbad setzen. Er möchte wissen, ob im Falle eines weiteren großen Gebäudes ein zweites Blockheizkraftwerk dort hineingebaut werden kann.

Herr Helmut Böhnisch hält dies für möglich, jedoch regelungstechnisch nicht für sinnvoll. Bei einem Blockheizkraftwerk im Hallenbad ist zu bedenken, dass ein Pufferspeicher von 10 bis 12 Kubikmetern dort keinen

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017

Platz findet, sondern außerhalb platziert werden müsste, was bei einem Blockheizkraftwerk eleganter gelöst werden kann.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert unterstützt mit Variante 1 die Erstellung eines eigenständigen Blockheizkraftwerkes unabhängig vom Hallenbad und befürwortet das Doppelrohrverfahren.

Gemeinderat Michael Herling möchte wissen, ob bei Unterbringung im Hallenbad die Rohrverluste im Ausgang größer sind, und ob noch andere Gründe als der Kontraktor gegen die wirtschaftlichere Lösung im Hallenbad sprechen.

Herr Helmut Böhnisch erklärt, dass die Vorteile der Heizzentrale im Hallenbad nicht in den geringeren Wärmeverlusten liegen, sondern in der Eigenstromnutzung und der Tatsache, dass von allen drei Heizräumen nur das Raumangebot im Hallenbad ausreichend wäre. Unter dem Blickwinkel der Erweiterung des Wärmenetzes in der Zukunft kommt man bei einer Unterbringung im Hallenbad dann doch schnell an Grenzen.

Gemeinderat Norbert Knopf bittet gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates um Aufnahme ins Wortprotokoll: „Seit gut zwei Jahren warten wir gespannt auf die Konzeption des Nahwärmenetzes, nach so langer Zeit stauen sich natürlich auch die Erwartungen an. Die Gemeinde bzw. KWG hat in unmittelbarer Nähe einige Immobilien im Besitz und plant den Kauf und den Bau weiterer Immobilien. Auch die Mühle und das alte Pfarrhaus sowie weitere gemeindeeigene Gebäude sind nicht sehr weit entfernt, das Gewerbegebiet im „Schiff II“ wird erschlossen und braucht eine Wärmeversorgung. In vielen Gebäuden, auch von Privatpersonen steht eine Heizungserneuerung an. Für all diese Gebäude können wir uns eine Anschlussmöglichkeit an ein Nahwärmenetz vorstellen. Die jetzt vorgelegte Konzeptstudie zeigt daher aus unserer Sicht nur den Standpunkt für ein sich weiter entwickelndes Nahwärmenetz an. Wir sehen natürlich die Schwierigkeiten einer Planung über einen Zeitraum von mehreren Jahren bis Jahrzehnten, gleichzeitig zeigt uns die Studie einige zukünftige Entwicklungen auf, die die Grundlage unserer Entscheidung sind. Wir möchten, dass das Nahwärmenetz einen Beitrag zum Klimaschutz leistet, daher kommt für uns als Wärmeerzeuger nur eine regenerative Energiequelle in Frage und das sind Pellets. Wir möchten das Nahwärmenetz zukünftig auch auf Gebäude in der näheren Umgebung ausgedehnt wissen. Daher beantragen wir, dass man eine Studie für ein solches Netz in Auftrag gibt, dies vor dem Hintergrund, dass demnächst durch den Neubau der Autobahnbrücken auch das Verlegen von Leitungen kostengünstig möglich sein sollte. Wir möchten das Nahwärmenetz zukünftig aufgestellt wissen. Angestoßen durch die Energiewende kommt es zu Veränderungen im Strom- und Wärmemarkt in den nächsten zehn Jahren. Laut Konzept ist der Betrieb eines saisonalen Wärmespeichers eine langfristige lohnende Investition. Wir wollen daher einen Standort haben, an dem der Betrieb eines solchen Speichers möglich ist. Die Dachflächen des Rathauses und des Harres können dann auch darin einbezogen werden. Wir möchten für den Betrieb des Nahwärmenetzes eine Lösung, die vorrangig die Interessen der Gemeinde und nicht eines gewinnorientierten Betreibers vertritt. Leider wurde von der Verwaltung bisher nur der Betrieb durch einen gewinnorientierten Betreiber vorgeschlagen. Dies erscheint uns nicht sinnvoll und dem wollen wir nicht zustimmen. Wir möchten natürlich gerne auch zeitnah starten, daher würden wir der Variante mit der Pellet-Lösung zustimmen, wenn der gewählte Standort sich mit den geforderten Ausbaumöglichkeiten verträgt. Aufgrund der geäußerten Entwicklungswünsche können wir uns momentan jedoch nur den Betrieb durch die Gemeinde ggf. in Verbindung mit einer Firma vorstellen. Danke.“

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner ist für ein eigenes Gebäude, weil das Hallenbad den Expansionsanforderungen nicht genügen wird. Er plädiert für Pellets als vom Erdgas unabhängiger Energieform.

Bauamtsleiter Werner Kleiber legt dar, dass weder das Harres Veranstaltungszentrum noch der Eigenbetrieb St. Leoner See mit Hallenbad noch die Gemeindeverwaltung ein Fernwärmenetz aufbauen und betreiben können. Zum Kontraktormodell sieht er keine Alternative, weil auch die entsprechende Redundanz aufgebaut werden muss. Das Jugendzentrum mit langen Leitungen und geringem Verbrauch wird voraussichtlich eine Enklave bleiben müssen. Unterstützen kann die Verwaltung durch Kontakte zur Kirche, zur Caritas etc.

Bürgermeister Dr. Eger empfiehlt unter dem Gesichtspunkt, den Erweiterungsgedanken auch tatsächlich weiter verfolgen zu können, ein eigenes Heizhaus zu bauen. Auch das Jugendzentrum soll im Zuge dessen geprüft werden.

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen:

Variante 1 der Nahwärmeversorgung „Erdgas-Blockheizkraftwerk Heizhaus neu“ wird umgesetzt. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der KEA ein Angebot für eine Kontraktorausschreibung einzuholen. Erweiterungsmöglichkeiten sind zu prüfen.

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 14
Errichtung von dynamischen Fahrgastinformationssystemen an Bushaltestellen im Gemeindegebiet	- 658.2 -

Ausführungen und Beschluss:

Frau Bernadette Knaus hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger informiert, dass die Maßnahme vom Verkehrsministerium als förderungswürdig eingestuft wird und die Gemeinde ins Landesprogramm nachträglich aufgenommen wird. Er sieht einen deutlichen Attraktivitätsgewinn für den Busverkehr.

Gemeinderat Tobias Rehorst sieht den Vorteil darin, dass die Akzeptanzsteigerung auch die Busauslastung verbessert und damit die Finanzierung durch die Gemeinde auch entlastet wird. Er fragt nach den Kosten und nach der Vandalismusanfälligkeit der Modelle und möchte wissen, warum die Bahnhöfe Rot-Malsch und Neu-lußheim nicht dabei sind.

Bürgermeister Dr. Eger geht davon aus, dass eine Kostenbeteiligung von Seiten der Gemeinde Malsch nicht zu erwarten ist.

Frau Bernadette Knaus erklärt, dass die drei Anzeigetechnologien preislich und von der Robustheit her alle in etwa gleich sind, doch ist die TFT-Technologie am flexibelsten und sehr gut lesbar und kann Nachrichten einspielen.

Gemeinderat Tobias Rehorst möchte wissen, warum das Rathaus nicht dabei ist und schlägt vor, beide Bahnhöfe voll zu finanzieren.

Bürgermeister Dr. Eger sagt, dass in der ersten Förderrunde nun erst neun Haltestellen anerkannt sind, aber bereits zehn Standorte festgelegt wurden, was spätere Erweiterungen jedoch nicht ausschließt.

Gemeinderat Roman Heger begrüßt die vorgeschlagene Technologie an den ausgewählten Standorten und ist dafür, die Bahnhöfe anzuschließen.

Gemeinderat Udo Back findet die Maßnahme sehr gut, wenngleich hohe Kosten dafür anfallen, und ist dafür, den Bahnhof Rot-Malsch ebenfalls anzuschließen.

Bürgermeister Dr. Eger merkt an, dass allein der Betrieb der Buslinien jährlich schon 500.000 € kostet, wohingegen hier eine einmalige Investition von 200.000 € abzüglich der zu erwartenden Förderung ansteht.

Gemeinderat Rouven Dittmann regt an, bei der Fahrgastanzeige anstatt der Uhrzeit die Zeitspanne anzusagen, in wie viel Minuten der nächste Bus fährt, um es Menschen mit Einschränkungen hier zu erleichtern. Er möchte wissen, ob das öffentliche WLAN ebenfalls eingebunden werden kann, und ist dafür, dass beide Bahnhöfe mit Systemen ausgerüstet werden.

Gemeinderat Michael Herling befürwortet ebenfalls das TFT-System und freut sich über die Förderfähigkeit von 50 %. Er ist ebenfalls für den Anschluss beider Bahnhöfe.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner begrüßt das Fahrgastinformationssystem, spricht sich jedoch für Variante 1 als die für das Ortsbild ästhetischere Ausführung aus unter der Voraussetzung, dass wenigstens drei Anzeigen möglich sind.

Gemeinderätin Marina Krenzke gefällt die Optik von Variante 1 besser, auch ist die Schrift größer, jedoch können sich keine Zusatzinfos einspielen lassen. Aus diesem Grund befürwortet sie Variante 2 und ist für den Anschluss beider Bahnhöfe.

Auf Anregung von **Gemeinderat Udo Back**, dass auch die Schulbusse eingebunden werden können, sagt **Bürgermeister Dr. Eger** die Klärung zu, dass sie als Teil des Linienverkehrs auch wirklich dabei sein können.

Der Gemeinderat beschließt in drei getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig:

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Antrag für Zuwendungen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden nach dem LGVFG zu stellen. Bei positivem Entscheid wird die Verwaltung ermächtigt, die Leistungen für die Errichtung von 10 DFI an den aufgeführten Standorten im Gemeindegebiet auszuschreiben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Lösung hinsichtlich der Bahnhöfe Rot-Malsch und Neu-
lußheim zu erarbeiten.
3. Zur Ausführung kommt die TFT-Technologie der Firma IQU System GmbH.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 15
Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen 2. Bauabschnitt, Straßenbauarbeiten hier: Auftragsvergabe	- 658.21 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Theo Vetter signalisiert Zustimmung und fragt, ob man bei den anstehenden Erdarbeiten dann die Leitungsverlegung für die Fahrgastinformationssysteme gleich mitmachen und dadurch Kosten sparen kann.

Bauamtsleiter Werner Kleiber informiert, dass die Elektroversorgung vorgesehen wird, die Fundamentierung und Bewehrung der Fahrgastinformationssysteme muss jedoch separat erfolgen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zum Umbau von 10 Bushaltestellen mit einer vorläufigen Gesamtauftragssumme von 609.441,96 € an die Firma Schön und Sohn aus Speyer zu vergeben. Die erforderlichen Mittel für die Restfinanzierung der Maßnahme sind im Haushalt 2018 einzuplanen.

Hauptamtsleiterin Anette Reich informiert über den vom 28.10.2017 bis August 2018 anstehenden barrierefreien Umbau des Bahnhofs Neulußheim, währenddem Schienenersatzverkehr eingerichtet wird, zu dem wiederum der Hol- und Bringverkehr der Buslinie 719 eingetaktet wird.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 16
Neubau einer Brücke über den Kehrgraben im Gewann „Waldstücker“ hier: Stellungnahme der Gemeinde St. Leon-Rot	- 632.6 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Dr. Eger begründet die Behandlung des Tagesordnungspunktes damit, dass die Genehmigungsfiktion eintritt, wenn der Gemeinderat heute nicht zustimmt. Es wurde bereits Fristverlängerung beantragt, weil das Fristende genau in der sitzungsfreien Zeit gelegen war und man dann eine Sondersitzung des Gemeinderats hätte einberufen müssen.

Bauamtsleiter Werner Kleiber führt aus, dass die Gemeinde als Eigentümerin und Trägerin der Unterhaltungsbaukosten des Kehrgrabens betroffen ist, des Weiteren als Eigentümerin des Grundstücks, über das die Zuwegung zur Brücke gehen soll und auf dem der Eigenbetrieb Abwasserentsorgung ein großes Erdbecken betreibt. Die Abgrenzung zwischen dem gemeindlichen Becken und dem neuen Weg wird man voraussichtlich

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017**

mit einem Schotterweg und Bepflanzung als Sichtschutz gestalten.

Gemeinderat Adolf Geider begrüßt den Neubau der Brücke, die lange Anfahrtswege erspart und auch durch die Feuerwehr passiert werden kann.

Gemeinderätin Marina Krenzke möchte aufgrund der starken Verkehrsbelastung zustimmen und gibt die Anregung weiter, ob man den Radweg dann wegen der stärkeren Frequentierung eventuell verbreitern müsste.

Gemeinderat Roman Heger signalisiert Zustimmung.

Bürgermeister Dr. Eger sagt eine Klärung bzgl. der Notwendigkeit einer Verbreiterung zu.

Der Gemeinderat beschließt mit 21 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung:

1. Das gemeindliche Einvernehmen zum Neubau einer Brücke über den Kehrgraben im Gewann „Waldstücker“ wird erteilt.
2. Der Herstellung einer Wegeverbindung zwischen Gärtenweg und der neuen Brücke über das Gemeindegrundstück Flst. Nr. 5711 wird zugestimmt.
3. Das erforderliche Teilgrundstück wird vermessen und dem Golfclub verpachtet. Die Kosten für die Vermessung trägt der Golfclub.

Gemeinderat Manuel Thome beantragt die öffentliche Sitzung angesichts der fortgeschrittenen Uhrzeit zu beenden.

Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag mit 18 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Bürgermeister Dr. Eger schließt die Sitzung um 22.28 Uhr

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt:	17
Bebauungsplan „Reilinger Straße links, 3. Änderung“		
1. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes		
2. Annahme des Entwurfs		
3. weiteres Verfahren		
		- 621.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wird heute nicht behandelt.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt:	18
Förderung elektrischer Antriebe für Hof- und Garagentore		
hier: Förderrichtlinien		
		- 632.8 -

Ausführungen und Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wird heute nicht behandelt.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt:	19
Fassadensanierung Rathaus		
Bezug: Vorplatzgestaltung		
		- 043.11 -

Ausführungen und Beschluss:

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. September 2017**

Dieser Tagesordnungspunkt wird heute nicht behandelt.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 20
--	-------------------------------

Verschiedenes

**Prüfungsbericht über die Prüfung der Bauausgaben der
Gemeinde St. Leon-Rot durch die Gemeindeprüfungs-
anstalt Baden-Württemberg für den Zeitraum 2012 – 2015**

- 095.54 -

Ausführungen und Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wird heute nicht behandelt.

Sitzung am: Dienstag, 26. September 2017 Nr. 10 Ö	Tagesordnungspunkt: 21
--	-------------------------------

Wünsche und Anfragen

Ausführungen und Beschluss:

Dieser Tagesordnungspunkt wird heute nicht behandelt.
